

Wolfgang Baasch:

Auswirkungen von Sozialreformen auf Menschen mit Behinderung abmildern

Zur aktuellen Debatte um Sozialreformen erklärt der sozialpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Wolfgang Baasch:

Bei den Sozialreformen der letzten Jahre ist in der Regel an leistungsfähige und belastbare Betroffene gedacht worden. Doch die Auswirkungen der Reformen auf Menschen mit Behinderung sind beträchtlich; deshalb sollten in Zukunft die Folgen für diese Menschen schon im Vorwege kritisch geprüft werden.

So wird beispielsweise die „Hartz-IV“-Reform der Arbeitsmarktleistungen den Problemen leistungsgeminderter und leistungsschwacher Personen nicht gerecht. Obwohl viele Langzeitarbeitslose gesundheitlich eingeschränkt, chronisch krank oder behindert sind, fehlt es den Arbeitsgemeinschaften und Optionskreisen oft an der nötigen Kompetenz und es findet keine Einbindung in die Arbeit der Rehabilitationsträger statt. In der Folge kann dann das Ziel, Menschen mit Behinderung das Leben und Arbeiten außerhalb von Werkstätten und Wohnstätten zu ermöglichen, oft nicht erreicht werden. Wenn behinderte Menschen und ihre Familien Angst davor haben, als erwerbsfähig zu gelten, weil sie dann unter „Hartz IV“ fallen, stimmt etwas im System nicht. Die Menschen trauen dem Versprechen nicht, dass sie von den Behörden auch gefördert werden. Das SGB IX nennt gute Instrumente der medizinischen und beruflichen Rehabilitation, doch diese müssen auch konsequent angewendet werden.

Auch bei der Gesundheitsreform wird auf behinderte und chronisch kranke Menschen zu wenig Rücksicht genommen, obwohl hier eine gute und präventiv ausgerichtete Versorgung Kosten sparen könnte. Durch die Leistungsausgrenzungen und Zuzahlungsregelungen ist die angemessene medizinische Versorgung von Heimbewohnern gefährdet. Das gegenwärtig diskutierte GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz lässt einen Kassenwettbewerb um junge und gesunde Versicherte befürchten. Notwendige Leistungen der Rehabilitation, Funktionstraining und Hilfsmittel werden schon heute von vielen Kassen rechtswidrig verweigert. Dieser Trend wird sich verstärken, wenn Menschen mit Behinderung als Hindernisse im Wettbewerb betrachtet werden.

Gemeinsam mit den Verbänden und der Landesregierung werden wir dafür eintreten, die härtesten Folgen dieser Reformen für Menschen mit Behinderung abzumildern.